



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und Fraktion (SPD)

### **So gelingt Integration durch Bildung – Was jetzt im bayerischen Bildungswesen nötig ist**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest: Die große und ungebrochene Bereitschaft der bayerischen Schulfamilien und insbesondere der bayerischen Lehrkräfte, Flüchtlingen und Asylbewerbern in Bayern zu helfen, sich in ihre neue Heimat zu integrieren, verdient allergrößten Respekt und allergrößte Wertschätzung. Diese Bereitschaft ist Ausdruck der Wertegemeinschaft, die die Menschen in Bayern mit ihrer Toleranz, Weltoffenheit, Humanität und ihrer Nächstenliebe zusammenhält.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schulfamilien bei dieser Aufgabe optimal zu unterstützen, und unverzüglich alle Lehrkräfte auf den Wartelisten anzuschreiben, um ihnen ein mehrjähriges Anstellungsangebot zu machen. Verbunden mit dieser Anstellung ist die Bereitschaft der Lehrkräfte, soweit sie im Bereich des Spracherwerbs vorrangig eingesetzt werden, sich umgehend einer Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ zu unterziehen und über die Schulartgrenzen eingesetzt zu werden.

Folgende Maßnahmen sind darüber hinaus nötig:

1. Ein Sofortprogramm „Mit Heterogenität umgehen“ (Deutsch als Zweitsprache, Inklusion) ist sofort aufzulegen.
2. Die flächendeckende Einrichtung von Clearingstellen in den Landkreisen und regionalen Schulberatungsstellen für Kinder und Jugendliche bis zum 21. Lebensjahr.
3. Alle Schularten müssen an der Integrationsaufgabe gleichermaßen beteiligt werden. Steuerungsgruppen regeln auf lokaler Ebene die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schularten. Über ein flexibles Lehrerkontingent (Task Force) ist es den Steuerungsgruppen möglich, zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften monatlich bereitzustellen.

4. Der Aufbau von „Trauma-Teams“ aus Sozialpädagogen, Heilpädagogen und Schulpsychologen wird beschleunigt. Dafür muss allen Lehrkräften, die im Laufe ihres Arbeitslebens und ihrer Ausbildung, schulpsychologische Kompetenzen erworben haben, angeboten werden, vom Unterrichten freigestellt zu werden. Es wird ein „Trauma-Kompetenz-Netzwerk“ aufgebaut, das zum einen Fortbildungen durchführt und zum anderen einen Mobilen Traumatherapeutischen Dienst aufbaut.
5. Möglichkeiten des Spracherwerbs für die Schülerinnen und Schüler intensivieren. Wo immer möglich muss ein ganztägiges Bildungsangebot zur Verfügung stehen.
6. Mehr Geld und weniger Bürokratie für die Träger der Erwachsenenbildung organisieren. Der Ausbau der Kapazitäten für Deutsch- und Integrationskurse bei allen Bildungsträgern, v.a. bei den strukturell bestens aufgestellten Volkshochschulen muss zügig angegangen werden. Die Anerkennung der Angebote der Integrationskurse muss weg vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hin zu den einzelnen Landesorganisationen der Erwachsenenbildungsträger verlagert werden. Hierzu wird auf Landkreisebene ein Koordinierungsrat gebildet.
7. Raumkapazitäten für Bildungsmaßnahmen ermitteln und ggf. ausbauen. Kommunen müssen aufgrund der unterschiedlichen Schulträgerschaften interkommunal zusammenarbeiten.
8. Schulleitungen und Verwaltungsangestellte entlasten.

### **Begründung:**

Zu 1.

Die Gewinnung von Lehrkräften muss jetzt zügig angegangen werden, weil wir uns im Wettbewerb mit anderen Bundesländern befinden, die ebenfalls massiv Lehrkräfte einstellen.

Zu 2.

Jedes Kind und jeder Jugendliche kommt mit einer anderen Bildungsbiographie zu uns. Manche haben noch nie eine Schule besucht, andere sprechen drei Sprachen – nur nicht Deutsch und haben in ihrem Land bereits Schulabschlüsse erworben. Mit welchen Voraussetzungen die jungen Menschen kommen und welches die ihren Potenzialen angemessenen Bil-

dungsangebote sind und wo der richtige Förderort ist, muss in den Clearingstellen herausgefunden werden.

Zu 3.

Alle müssen mithelfen, damit dieser Integrationsprozess gelingt. Jetzt ist die Solidarität der gesamten Schulfamilie gefragt. Selbstverständlich müssen sich alle Schularten dieser Aufgabe stellen. Es kann also nicht mehr alleine die Aufgabe der Grund- und Mittelschulen bzw. der Berufsschulen und deren Lehrkräfte bleiben, sondern es müssen auch Realschulen, Gymnasien, Wirtschaftsschulen, Fachschulen und Förder Schulen einbezogen werden. Dies geschieht am besten auf lokaler Ebene, die deutlich mehr Entscheidungsmöglichkeiten braucht.

Zu 4.

Viele der Kinder und Jugendlichen, die aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, sind traumatisiert. Für diese jungen Menschen brauchen wir Fachleute wie Schulpsychologen, Heilpädagogen und Sozialpädagogen, aber auch viele Lehrkräfte, die dafür fortgebildet werden.

Zu 5.

Alle Kinder und Jugendlichen müssen schnell grundlegende Deutschkenntnisse erlangen können. Je nach den örtlichen Gegebenheiten können eine Über-

gangsklasse, eine Deutsch-Förderklasse oder Deutsch-Förderkurse das Mittel der Wahl sein. Um die soziale Integration zu beschleunigen, sollten die Kinder und Jugendlichen möglichst viel mit Gleichaltrigen zusammen sein. Bildungsangebote auf den ganzen Tag verteilt zu machen, liegt deshalb nahe.

Zu 6.

Die Integration von Erwachsenen muss genauso in den Fokus genommen werden, wie die der Schulkinder. Die Bildung von erwachsenen Flüchtlingen und Asylbewerbern kann nicht mehr allein von Ehrenamtlichen geschultert werden. Es braucht eine Professionalisierung der Bildungsarbeit.

Zu 7.

Es gilt jetzt ein kluges Raummanagement für alle Schularten zu machen, weil die steigende Zahl an Schülerinnen und Schülern in den Ballungsräumen sicher zu Engpässen führt. Die Staatsregierung muss hier u.E. auch mit FAG-Mitteln helfen.

Zu 8.

Die steigenden Zahlen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Schulen bedeutet für Schulleitungen und Verwaltungsangestellte deutlich mehr Arbeit. Hier braucht es ebenfalls geeignete Entlastungen.